

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN (Teil B)

I) PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

I.1) Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) Nr. 1 BauGB)

I.1.1) Art der baulichen Nutzung

WA „Allgemeine Wohngebiete“ gem. § 4 BauNVO

Abweichend von § 4 Abs. 2, 3 BauNVO werden nicht Bestandteil des Bebauungsplans:

- Schank- und Speisewirtschaften, Anlagen für Verwaltungen, Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Betriebe des Beherbergungsgewerbes mit Ausnahme von Ferienwohnungen als Beherbergungsbetriebe, d.h. bei einer baulich untergeordneten Bedeutung gegenüber der in dem Gebäude vorherrschenden Hauptnutzung (vgl. § 13a BauNVO).

I.1.2) Maß der baulichen Nutzung

Das Maß der baulichen Nutzung wird festgesetzt durch Grundflächenzahl sowie der Anzahl der maximal zulässigen Vollgeschosse in Abhängigkeit von der Dachform und einer maximalen Gebäudehöhe mit dem Bezugspunkt der Verkehrsfläche.

- a) Maximal zwei Vollgeschosse sind zulässig bei Gebäuden mit einem Flachdach. Für Menschen geeignete Aufenthaltsräume oberhalb des letzten Vollgeschosses sind in Gebäuden mit zwei Vollgeschossen nicht zulässig.
- b) Maximal ein Vollgeschoss ist zulässig bei Gebäuden mit Satteldach.

I.2) Bauweise, überbaubare Grundstücksfläche (§ 9 (1) Nr.2 BauGB)

I.2.1) Nicht überbaubare Grundstücksflächen (§ 23 (3) BauNVO)

Auf den nichtüberbaubaren Grundstücksflächen sind Stellplätze und Garagen, Nebenanlagen sowie sonstige bauliche Anlagen, die keine Gebäude sind, allgemein zugelassen. Abweichend hiervon sind Nebenanlagen als Gebäude sowie Garagen und überdachte Stellplätze in einem Bereich von bis zu 3,0 m entlang der festgesetzten Straßenverkehrsflächen unzulässig.

I.3. Maßnahmen zur Grünordnung (§ 9 Abs.1 Nr. 15, 20, 25 BauGB)

I.3.1) Pflanz- und Erhaltungsgebote (§ 9 Abs.1 Nr. 25 BauGB)

a) Bindung für die Bepflanzung und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen.

A1 Anpflanzung und dauerhafter Erhalt einer Hecke auf 5 m Breite aus heimischen Laubgehölzarten, wie Acer campestre (Feld-Ahorn), Betula pendula (Birke), Birne (Pyrus in Arten und Sorten), Carpinus betulus (Hainbuche), Corylus in Arten und Sorten (Haselnuss), Feld-Ahorn (Acer campestre), Cornus mas (Kornelkirsche), Cornus (Hartriegel in Arten und Sorten), Fagus sylvatica (Buche), Liguster (Ligustrum vulgare), Malus (Apfel in Arten und Sorten), Prunus (Kirsche in Arten und Sorten), Quercus robur (Stiel-Eiche), Schwedische Mehlbeere (Sorbus aria), Vogelbeere (Sorbus aucuparia). Die Höhe beträgt mindestens 1,5 m. Regelmäßiger Schnitt ist zulässig. Bestandteil der Maßnahme ist eine Entwicklungspflege in den der Pflanzung folgenden 3 Vegetationsperioden.

b) Pflanzgebote: Je angefangene 600 qm Grundstücksfläche ist ein standortgerechter Laubbaum in der Pflanzqualität: Hochstamm, 3 x verpflanzt, mit Drahtballen, Stammumfang 14-16 cm anzupflanzen. Eine Entwicklungspflege von 5 Jahren ist Bestandteil der Maßnahme.

II) ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN (§ 86 (1) LBauO M-V)

II.1) Dachgestaltung

Die Dachneigung wird in Abhängigkeit von der Anzahl der Vollgeschosse festgesetzt. Als Dachformen sind zulässig:

- a) Für Gebäude mit zwei Vollgeschossen ist ausschließlich die Errichtung eines Flachdaches zulässig.
- b) Für Gebäude mit einem Vollgeschoss ist die Errichtung eines Flachdaches zulässig oder die Errichtung eines Satteldaches mit einer Dachneigung von mind. 35° bis max. 48°.

Gauben in Satteldächern müssen zum First einen Abstand von mindestens 0,8 m, zur Trauf von mind. 0,5 m sowie zum Ortsgang einen Abstand von mindestens 1,2 m einhalten (jeweils gemessen in der Projektion in die Lotrechte). Die Summe der Breiten aller auf einer Dachfläche eingebauten Gauben darf 3/4 der gesamten Dachlänge nicht überschreiten.

II.2) Firstrichtung

Im Teil A (Planzeichnung) sind verbindliche Firstrichtungen eingezeichnet. Der Hauptbaukörper ist entsprechend der Firstrichtung zu errichten.

II.3) Farben

Wandfarben: Metallisch glänzende, spiegelnde oder signalfarbene Oberflächen von Gebäuden sind ausgeschlossen. Diese Vorschrift gilt nicht für Photovoltaik- und Solarthermiemodule.

III) NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN (III.1 bis 3) gem. §9 Abs.6

BauGB und Hinweise

III.1) Bodendenkmäler

Werden bei Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt, ist gemäß § 11 DSchG MV (GVBl. M-V Nr. 23 vom 28.12.1993, S. 975ff.) die zuständige Untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür die Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundstückseigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktagen nach Zugang der Anzeige, doch kann die Frist für eine fachgerechte Untersuchung im Rahmen des Zumutbaren verlängert werden (§ 11 Abs.3 DSchG M-V).

III.2) Fällzeiten gemäß BNatSchG

Baumfäll- und -pflegearbeiten gemäß § 39 BNatSchG sind generell nur im Zeitraum zwischen dem 01.10. und dem 28.02. eines jeden Jahres zulässig.

III.3) Artenschutz / Baufeldfreimachung

Bautätigkeiten sollten generell nach Beendigung der Vogelbrut, bevorzugt in den Wintermonaten stattfinden, um eine Beschädigung oder Zerstörung der Niststätten von Bodenbrütern zu vermeiden. Sollte dies nicht möglich sein, hat unmittelbar vor Baubeginn eine Begutachtung des Geländes durch eine fachlich legitimierte Person zu erfolgen. Im Falle der Feststellung eines aktiven Brutgeschehens ist der Baubeginn zu verschieben.

III.4) Altlasten

Sollten sich im Fall von Baumaßnahmen Hinweise auf einen Altlastenverdacht oder sonstige schädliche Bodenveränderungen ergeben, sind die weiteren Schritte mit dem Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt MV (STALU MV) sowie mit dem Umweltamt des Landkreises Vorpommern-Rügen abzustimmen.

VERFAHRENSVERMERKE

1. Der Auslegungsbeschluss des B- Planes wurde am 16.07.2020 von der Gemeindevertretung gefasst. Der Entwurf der Satzung und Begründung wurde gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

Ralswiek, Der Bürgermeister

2. Die für die Raumordnung und Landesplanung zuständige Stelle ist gemäß § 17 LPiG M-V mit Schreiben vom ____/20/____ beteiligt worden.

Ralswiek, Der Bürgermeister

3. Die von der Planung berührten Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden sind mit Schreiben vom ____/20/____ nach § 13 Abs. 2 Satz 1 Pkt. 3 in Verbindung mit § 4 Abs. 1 BauGB zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Ralswiek, Der Bürgermeister

4. Der Entwurf des B- Planes Nr. 8 „Dorfstraße Jarnitz“ der Gemeinde Ralswiek, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) sowie der Begründung hat vom ____/20/____ bis zum ____/20/____ während folgender Zeiten: Mo., Di. und Do. 09.00 bis 12.00 Uhr, Dienstag zusätzlich 13.30 bis 17.30 Uhr, Donnerstag zusätzlich 13.30 bis 15.30 Uhr nach § 13 Abs. 2 Satz 1 Pkt. 2 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich im Amt Bergen auf Rügen, Markt 5/6, 18528 Bergen auf Rügen ausliegen.

Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, ortsüblich durch Aushang in den Bekanntmachungskästen vom ____/20/____ bis ____/20/____ bekannt gemacht worden. Zusätzlich wurde die öffentliche Auslegung im Internet unter www.stadt-bergen-auf-ruegen.de/ Amt-Bergen-auf-Rügen.de am ____/20/____ bekannt gemacht und die Unterlagen eingestellt.

Ralswiek, Der Bürgermeister

5. Der katastermäßige Bestand im Geltungsbereich des B- Planes Nr. 8 „Dorfstraße Jarnitz“ der Gemeinde Ralswiek am ____/20/____ wird als richtig dargestellt bescheinigt. Hinsichtlich der lagerichtigen Darstellung der Grenzpunkte gilt der Vorbehalt, dass eine Prüfung nur grob erfolgte. Regressansprüche können nicht abgeleitet werden.

6. Die Gemeindevertretung hat am die vorgebrachten Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und Behörden geprüft und die privaten und öffentlichen Belange untereinander und gegeneinander abgewogen. Das Ergebnis ist mit Schreiben vom ____/20/____ mitgeteilt worden.

Ralswiek, Der Bürgermeister

7. Der B- Plan Nr. 8 „Dorfstraße Jarnitz“ der Gemeinde Ralswiek, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B), wurde am von der Gemeindevertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt.

Ralswiek, Der Bürgermeister

8. Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.

Ralswiek, Der Bürgermeister

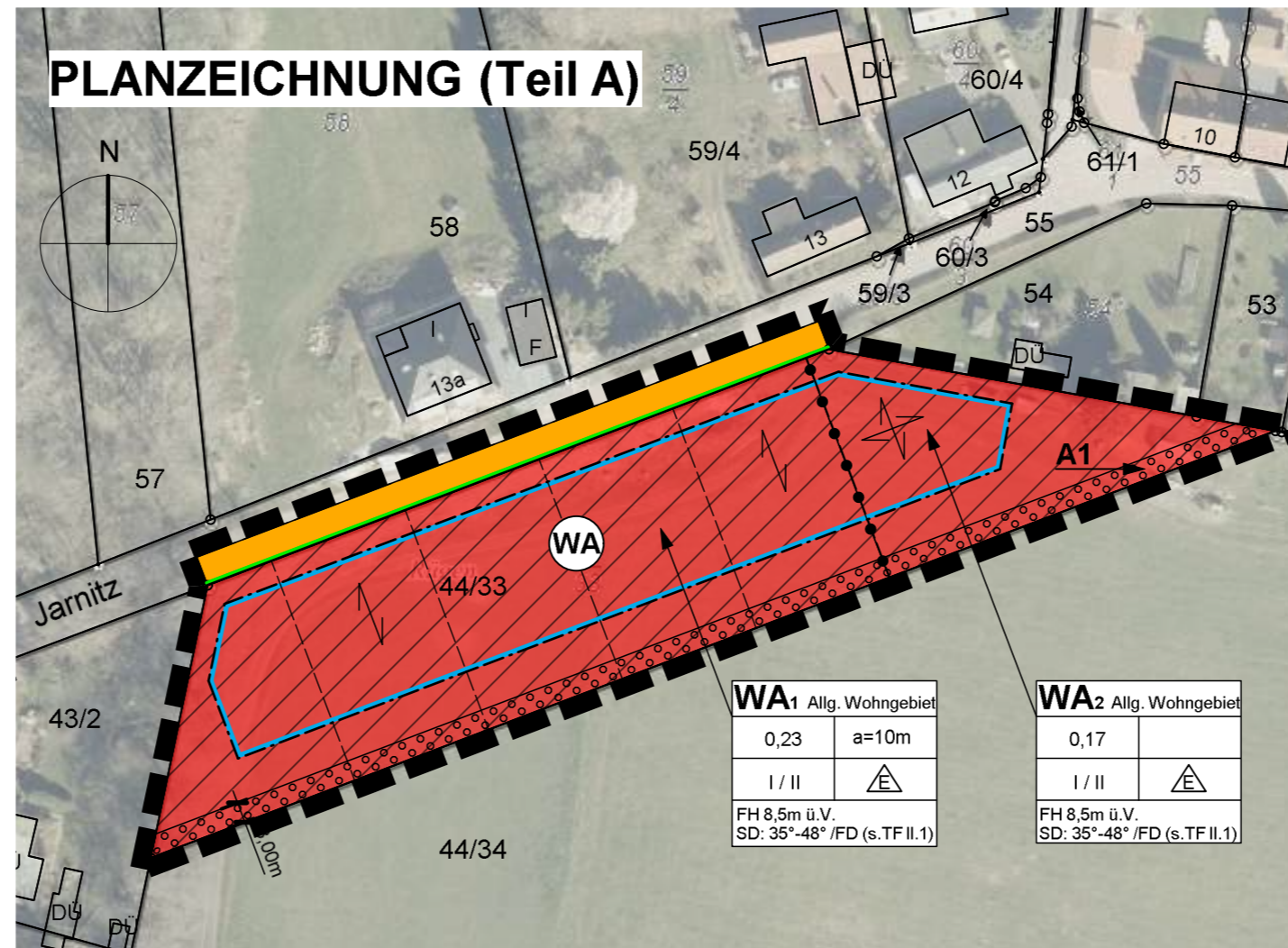
9. Nach der ortsüblichen Bekanntmachung der Satzung durch Aushang in den Bekanntmachungskästen vom ____/20/____ bis ____/20/____ zum tritt der B- Plan Nr. 8 „Dorfstraße Jarnitz“ der Gemeinde Ralswiek bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den textlichen Festsetzungen (Teil B) am Kraft. In der Bekanntmachung ist die Stelle, bei der der Bebauungsplan mit Begründung auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, bekannt gemacht worden und auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolge (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Schadensersatzansprüchen (§ 44 BauGB) und auf die Bestimmung des § 5 KV M-V hingewiesen worden. Zusätzlich erfolgte die Bekanntmachung der Satzung im Internet unter www.stadt-bergen-auf-ruegen.de

Ralswiek, Der Bürgermeister

SATZUNG DER GEMEINDE RALSWIEK

über den Bebauungsplan Nr. 8 "Dorfstraße Jarnitz".

Aufgrund §§ 10 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) sowie auf Grund § 86 LBauO in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 2015 (GVObI. M-V 2015, S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. November 2019 (GVObI. M-V S. 682), wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung vom folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 8 "Dorfstraße Jarnitz", bestehend aus Planzeichnung (Teil A) und Textlichen Festsetzungen (Teil B), erlassen.



PLANZEICHENERKLÄRUNG (PLAN ZV)

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 4 BauNVO)



Allgemeines Wohngebiet

MAß DER BAULICHEN NUTZUNG

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 10 BauNVO)

0,23	Grundflächenzahl
I / II	Anzahl der max. zulässigen Vollgeschosse in Abhängigkeit von der Dachneigung, hier: ein bis zwei Vollgeschosse s.TF II.2
FH 8,5m ü.V.	Firsthöhe in Metern über Verkehrsfläche, gemessen in der Mitte der Fahrbahn senkrecht zum Gebäude

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und 23 BauNVO)

	Baugrenze
a=9m	abweichende Bauweise, hier: max. Gebäudelänge gegenüber der erschließenden Straße 9m
	ausschließlich Einzelhäuser sind zulässig

VERKEHRSFLÄCHEN

(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)

	Straßenverkehrsfläche
	Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung

FLÄCHEN FÜR MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20, 25 und Abs. 6 BauGB)

Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 Buchstabe a) und Abs. 6 BauGB)

Anpflanzen einer Hecke

SONSTIGE PLANZEICHEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, hier: Maß der baulichen Nutzung, Bauweise sowie unterschiedliche Firstrichtung

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN

(§ 86 Abs. 1 Nr. 1 LBauO MV)

Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen, hier: verbindliche Firstrichtung

Anforderungen an die äußere Gestaltung baulicher Anlagen, hier: freie Wahl der Firstrichtung

PLANZEICHEN OHNE FESTSETZUNGSCHARAKTER

Grundstücksgrenzen (optional)



Übersichtskarte unmaßstäblich

raith hertelt fuß | Partnerschaft für Stadt-, Landschafts- und Regionalplanung

Freie Stadtplaner, Architekten, Landschaftsarchitektin

Hirschstraße 53, 76133 Karlsruhe

www.stadt-landschaft-region.de

Frankendamm 5, 18439 Stralsund

Gemeinde Ralswiek

Bebauungsplan Nr. 8 "Dorfstraße Jarnitz"

Vorentwurf

§§ 3(1) und 4(1) BauGB